

N°2: Die Ungerechtigkeit in Panguipulli und an der nördlichen Grenze Chiles zeigt erneut ein strukturelles Problem

Von Ana Piquer, Geschäftsführerin von Amnesty International Chile

In den letzten Tagen haben wir zwei Ereignisse gesehen, die uns entsetzt haben: Den Mord an einem jungen Straßenkünstler in Panguipulli und die Situation von Hunderten von Menschen, die auf der Suche nach Schutz nach Colchane gekommen sind und die Grenze von Bolivien nach Chile überquert haben.

Bei der Anhörung des Polizisten, der in Panguipulli geschossen hat, hat die Staatsanwaltschaft zumindest bewiesen, dass der letzte Schuss, den er abgefeuert hat und der den Tod des Jongleurs verursacht hatte, unnötig war, weil er bereits zu Boden gefallen war, weshalb er wegen Mordes angeklagt wurde.

Abgesehen von der Bedeutung einer ordnungsgemäßen Untersuchung des Einzelfalls, zeigt sich erneut ein strukturelles Problem: Die Arbeitsweise der Carabineros de Chile und die Tatsache, dass sich seit dem Ende der Diktatur nichts Wesentliches geändert hat. Nach jahrzehntelanger Tätigkeit in einem Kontext geringer Transparenz und Rechenschaftspflicht und mit einer ausgeprägten Tradition der Straflosigkeit wurde an einer Vorgehensweise, die gewohnheitsmäßig Menschenrechtsverletzungen verursacht, bereits vor der Zeit des sozialen Ausbruchs festgehalten.

Wir brauchen dringend eine neue Polizei, deren Maßnahmen auf allen Ebenen die Menschenrechtsverpflichtungen berücksichtigen, die von ziviler Macht wirksam kontrolliert wird und die nicht nur gegenüber den Behörden, sondern auch gegenüber den Bürger\_innen ein hohes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht gewährleistet. Eine Polizei, die uns schützt und versteht, dass Menschenrechtsverletzungen immer inakzeptabel sind, ist kein "notwendiges Übel", um die öffentliche Ordnung zu kontrollieren.

Wieder hat die Regierung die humanitäre Krise, die in Colchane ausgelöst wurde, auf die schlimmste Weise bewältigt. Es geht nicht um Menschen, die nach Chile kommen, weil es ihnen gerade so in den Sinn gekommen ist. Wenn diese Menschen das Risiko eingegangen sind, mitten im „bolivianischen Winter“ im Altiplano mit einer anhaltenden Pandemie auf dem Landweg zu reisen, dann deshalb, weil sie Schutz brauchen. Zum Beispiel kommen viele aus Venezuela, einem Land, in dem Amnesty International und sogar die Regierung von Sebastián Piñera selbst schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen auf allen Ebenen festgestellt haben, und sie kommen nach Chile, um Schutz zu suchen.

Die Reaktion der Regierung zielte jedoch darauf ab, ihre Einreise zu verhindern - einschließlich der Inanspruchnahme militärischer Unterstützung - und diejenigen, die bereits eingereist waren, auszuweisen und sie zu zwingen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Editorials (11.02.21) wurden bereits mehr als 100 Personen, hauptsächlich Venezolaner\_innen und Kolumbianer\_innen, mit großer Öffentlichkeit aus Chile ausgewiesen. Wir haben Informationen darüber, dass in einigen dieser Fälle bei den Gerichten

Verfassungsbeschwerden eingelegt wurden und dass sie trotzdem ausgewiesen wurden, obwohl diese Klagen bis dahin noch nicht entschieden waren.

Durch die Ausweisung ganzer Gruppen von Menschen, die auf der Suche nach Schutz nach Chile kommen, besteht die Gefahr, dass der Staat Chile gegen zwei Grundprinzipien in Bezug auf die Menschenrechte von Migrant\_innen und Geflüchteten verstoßen hat: Das Verbot von Massenvertreibungen (indem keine detaillierte Analyse durchgeführt wird und ohne Berücksichtigung anhängiger Rechtsbehelfe in einigen dieser Fälle) und des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, wonach eine Person, die Asyl beantragt, nicht gewaltsam in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden sollte, ohne dass eine gründliche Analyse der Vorgeschichte durchgeführt wurde, um die Person nicht neuen Rechtsverletzungen auszusetzen.